

19239/2019

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Pensionsfondgesetzes	
1.	bei natürlichen Personen
	Name
	Vorname
bei juristischen Personen	Name
	Organisationsform
	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Hessen-Thüringen
	nicht eingetragener Verein, gemäß Art 9 Abs. 3 Grundgesetz
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
Schillerstraße 44,	
Postleitzahl, Ort	
	99096 Erfurt
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Wahrung der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen, Vertretung der Interessen der Beschäftigten

4.	<p>Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags</p> <p>Der Deutsche Gewerkschaftsbund bewertet den Gesetzentwurf kritisch, da er die Idee einer kapitalgedeckten Altersvorsorge für Beamtinnen und Beamte ohnehin als problematisch und nicht sachgerecht betrachtet. Der Dienstherr schuldet immer die amtsangemessene Alimentation, während des aktiven Dienstes und im Ruhestand.</p> <p>Das Modell der Kapitaldeckung hat sich ausweislich dieses und weiterer Gesetzentwürfe als nicht erfolgreich erwiesen. Das gilt in ähnlicher Weise auch für das Beharren auf privater, kapitalgedeckter Altersvorsorge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die der DGB kritisch berachtet. Stattdessen setzt sich der DGB für mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ein. Der Bedarf ist erheblich. Ausgaben für Bildung, Breitband, Schienenwege bspw. wären eine erheblich bessere Zukunftsvorsorge als Investitionen am Kapitalmarkt, zumal in der aktuellen und wahrscheinlich auch anhaltenden Niedrigzinsphase.</p>
5.	<p>nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative</p> <p>Anlass der Stellungnahme</p> <p>Form der Stellungnahme</p> <p><input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail</p>
6.	<p>nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers</p>
7.	<p>Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<p>Ort, Datum</p> <p>Erfurt, den 22.08.2019</p>	<p>Unterschrift</p>
---	---------------------